

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameteile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Abnahme bis früh 9 Uhr. — Postkonto Danzig 2943  
E p e d i t i o n: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 303

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

12. Jahrgang

## Neue Fesseln.

Die Annahme des Danzig-polnischen Abkommens.

In der Reihe der zahlreichen schicksalsschweren Tage, die die junge Geschichte des neuen Danziger Freistaates bereits anzuzählen hat, kommt diesen letzten Tagen des Jahres 1921 besondere Bedeutung zu. Denn erst durch den endgültigen Abschluß des bereits in der Konvention vom 9. November vorgesehenen Abkommens werden die inhaltlichschweren Bestimmungen des Verfallener Traktates voll zur Auswirkung kommen. Während der polnische Zeim einstimmig seine Zustimmung zu dem vorliegenden Abkommen gegeben hat, fand sich im Danziger Volkstag zunächst keine Partei, die der unbedingten Annahme des Vertrages das Wort redete. Erst in Abetracht der inzwischen geschaffenen Erleichterungen in der Zollfrage glaubten die bürgerlichen Parteien des Volkstages mit Einfluß der Polen die Verantwortung für die Verabschiedung des Abkommens übernehmen zu können. Und so hat sich denn gestern in der zweiten Beratung eine Mehrheit von 62 Stimmen gefunden, die sich gegen 22 Stimmen für die Ratifikation des inhaltlichschweren Vertrages aussprach. Die erforderliche dritte Beratung soll am Sonnabend vormittag erfolgen, so daß, wenn im Kreise der jetzigen Mehrheit nicht noch in letzter Stunde neue Bedenken nach werden, das Abkommen nach wenigen Stunden vor dem vorgesehenen Termin der Einführung der Zollunion endgültig auch vom Danziger Parlament genehmigt wird.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Volkstages hat sich trotz der eingetretenen Zoll erleichterungen nicht entschließen können, dem Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Fest steht auch für uns, daß den Bestimmungen des Verfallener Traktates, solange er besteht, Rechnung getragen werden muß, und auf Grund dieses kommt Danzig um die Einverleibung in die polnische Zollzone nicht herum. Nicht aber kann von Danzig verlangt werden, daß es bei dieser Einverleibung sein gesamtes Wirtschaftsleben schweren Erschütterungen aussetzt und der somieso sehr knappen Lebenshaltung seiner werktätigen Bevölkerung leichtfertig weitere erhebliche Einschränkungen zuzumuten. Wohl wäre es unangebracht, in dieser Hinsicht gar zu schwarz zu sehen, denn die getroffenen Erleichterungen sowie die sich jetzt bereits andeutende wirtschaftliche Initiative wie schließlich auch die engere wirtschaftliche Verbindung mit Polen lassen einige Hoffnungen, doch geschieht die Einführung der polnischen Zollhoheit in derart kurzer Frist, daß der Warenmarkt ganz erheblichen Veränderungen ausgesetzt sein wird. Der Geldbeutel des größten Teiles der Bevölkerung ist jedoch so knapp gehalten, daß er plötzlich auftretenden neuen Preiserhöhungen nicht mehr gewachsen ist. Und wie es mit den Ansichten auf Wohnverbesserungen aussieht, hat Genosse Giehl in seiner gestrigen Rede, in der er den abtönenden Standpunkt der Fraktion ausführlich begründete, richtig dargestellt.

Die bürgerlichen Parteien verkündeten durch ihre Redner, daß sie das Abkommen nach den vereinbarten Zoll erleichterungen „schließen wollen“, weil die freiwillige Annahme einer Entschädigung des Oberkommissars vorzuziehen sei. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Oberkommissar nach Einsicht in die Einzelheiten nicht doch noch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Danzigs Rechnung getragen hätte, wenigstens insofern, daß er die Frist zur Einführung der Zollunion so verlängerte, daß eine Uebersetzung vermieden und eine reibungslose Uebersetzung möglich gewesen wäre. Andererseits hätte Polen inzwischen Gelegenheit gefunden, seinen veralteten russischen Zolltarif umzuändern und den jetzigen Verhältnissen anzupassen. Ob der Senat, der ja der Hauptverantwortliche für diesen Vertrag ist, da der Volkstag bisher keine Gelegenheit hatte, daran mitzuwirken, Schritte nach dieser Richtung unternommen hat, ist bisher nicht bekannt geworden. Es wäre unverzeihlich, wenn in dieser Frage nicht auch die letzten Möglichkeiten versucht worden sind.

Die Bedeutung des Abkommens ist aber mit der Einverleibung Danzigs in das polnische Zollgebiet, wodurch der Freistaat noch enger als bisher an Polen gefesselt werden soll, durchaus nicht erschöpft. Neben dieser wirtschaftlichen Angleichung an Polen steht der Vertrag auch Regelung wichtiger politischer und rechtlicher Fragen vor. Wir erwähnen heute nur besonders die Einbürgerungsfrage und die Frage der indirekten Steuern und Monopole. Indem das Abkom-

men diese bedeutsamen Fragen sowie auch die spätere endgültige Festlegung des Zolltarifs einheitlich regelt, und das Danziger Parlament in der Mitwirkung vollkommen ausschaltet, fesselt es Danzig nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch in einer Form an Polen, die selbst mit den Verfallener Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Sozialdemokratie kann daher in der Annahme des Abkommens nicht das „kleinere Übel“ sehen, welchem die bürgerlichen Parteien des Volkstages mit ihrer Zustimmung den Vorschub gegeben haben wollen.

## Neue Verhandlungen Rathenaus in Paris.

Berlin, 29. Dez. Wie die Blätter erfahren, ist Dr. Rathenau gestern nachmittag von Berlin nach Paris abgereist. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, ist die Reise auf eine Anforderung von antwortlicher Seite der Entente erfolgt. Zweifellos steht die Reise Rathenaus, wie die Blätter weiter mitteilen, im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die heute nachmittag in Paris zwischen der Reparationskommission und der deutschen Kriegslastenkommission beginnen sollen. Laut „Römischer Zeitung“ wird sich Rathenau ebenso wie in London auch in Paris nicht in offizieller amtlicher Eigenschaft und nicht im Auftrage der deutschen Regierung aufhalten.

Paris, 28. Dez. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Erklärung: Da die deutsche Regierung die Reparationskommission ersucht hat, ihre Vertreter zu empfangen, damit gewisse Aufklärungen gegeben werden können, die sie zur Beantwortung des Briefes der Reparationskommission vom 16. Dezember nötig habe, hat die Reparationskommission beschlossen, diese Vertreter am Donnerstag, den 29. Dezember, 3 Uhr nachmittags, zu empfangen.

## Der Eisenbahnerstreik in Eberfeld.

Eberfeld, 28. Dez. (R.F.M.) Seit heute mittag ruht der gesamte Personen- und Güterverkehr. Die Züge werden in den Vorortbahnhöfen von Streikenden abgelassen und nicht weiter gelassen. Auch heute abend war der Verkehr noch nicht wieder herzustellen. Es ist nicht voranzulagen, wann der Betrieb wieder durchgeföhrt werden kann. Schuss ist aufgegeben worden, um die Ordnung wieder herzustellen? Der Eisenbahndirektionspräsident erklärt einen Aufruf, in dem er erklärt: die Arbeitsbeschwerden, die sogar an gewalttätigen Eingriffen in den Betrieb geföhrt haben, seien nicht Streik, die mit allen Mitteln zu bekämpfen seien. Er erwarte, daß die Beamten in Gemeinschaft mit den Arbeitswilligen alles aufbieten werden, die eingetretenen Störungen zu beseitigen.

## Das Reichskabinet lehnt das Ultimatum ab.

Das Reichskabinet hat sich gestern mit der Arbeitsüberlegung der Eisenbahner in einzelnen Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes beschäftigt. Das Kabinet hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ultimativ gestellten Forderungen nicht zu bewilligen seien und daß die Regelung der Besoldung der Eisenbahner, die vor Weihnachten getroffen worden ist, mit Rücksicht auf die gesamte Lage des Reiches aufrecht erhalten bleiben müße. Die Bewilligung der Forderungen würde für das Reich eine Mehrauswendung von mehreren Milliarden bedeuten. Die Blätter betonen, daß die Reichsregierung nicht zuletzt aus Erwägungen außenpolitischer Natur um jeden Preis durch Tarifserhöhungen die ganzen Betriebe rentabel zu machen bestrebt ist. Die ganze Anstrengung aber würde vergeblich sein, wenn eine neuerliche Delation des Eisenbahnetats mit mehreren Milliarden erfolgen würde; denn eine Erhöhung der Tarife über die bereits beschlossene hinaus, erscheine vorläufig undenkbar. Die für gestern nachmittag angedachten Besprechungen der Eisenbahnerorganisationen mit dem Reichsverkehrsminister sind vom Reichsverkehrsminister abgelaßt worden. Um die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen, haben die Werkstättenfunktionäre des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre unerwartlich bis gestern nachmittag befristete Forderung bis Freitag verlängert. Es sollen heute die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt werden.

## Krisis in Washington.

Die Abrüstungskonferenz in Washington macht augenblicklich eine ernste Krise durch. In der dringlichen Frage kommt man seit Wochen keinen Schritt weiter, in der Unterseeboot-Frage haben Frankreich und Japan ihre Zustimmung zu der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Herabsetzung der Tonnage verweigert, und es scheint diesmal bei der Verweigerung zu bleiben. Damit ist der Erfolg der ganzen Abrüstungskonferenz in Frage gestellt. Angesichts dieser Lage greift in der englischen Presse ein gewisser Pessimismus Platz. „Daily Chronicle“ führt aus, Frankreich und Japan hätten es in ihrer Macht, den Hardingischen Abrüstungsplan zum Scheitern zu bringen. Wenn diese Länder es auf die Spitze treiben wollten, so würden sie internationale Folgen zu gewärtigen haben. Sehr bemerkenswert ist es, daß Präsident Harding bei einem Journalistenempfang die Möglichkeit andeutete, in der Unterseeboot-Frage werde vielleicht eine zweite Konferenz nötig sein, an der eine größere Anzahl von Nationen beteiligt sein müßte. Möglicherweise könne diese Konferenz die Grundlage für eine Völkerkonferenz sein, die sich nicht nur mit Abrüstungs-, sondern auch mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen haben werde. Damit bereitet Harding, indem er den Mißerfolg der Washingtoner Konferenz verfleiert, den Boden für einen Rückzug vor.

New York, 28. Dez. (Durch Funkspruch.) Associated Press meldet aus Washington, nichtamtlich wird angedeutet, daß Frankreich möglicherweise dem status quo in der Begrenzung der Unterseebootkräfte zustimmen würde, wenn die anderen Mächte sich einem Verträge anschließen, der es sich zur Aufgabe setzt, den Frieden in den europäischen Gewässern zu erhalten. Die Signatarmächte für einen solchen Vertrag wären Frankreich, England, Italien und Deutschland.

Washington, 28. Dez. Aus Telegrammen, die in den letzten Tagen hier eingegangen, geht hervor, daß die japanische Presse sich energisch der Einschließung des japanischen Festlandes in das sogenannte Viermächteabkommen betreffend des Stillen Ozeans widersetzt. Japan dürfe dieser Einschließung nicht zustimmen, solange das Festland der anderen Vertragsunterzeichner ausgenommen sei.

Paris, 28. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Washington vertreten einige Delegierte die Ansicht, die Konferenz müsse Erklärungen über die Kontrolle der neuen Kriegswerkzeuge und über die Abfassung eines Kriegsgesetzes abgeben. Mit den Vorarbeiten sollte eine Kommission beauftragt werden, die einer neuen in ein oder zwei Jahren zusammen tretenden Konferenz das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzuteilen hätte.

Paris, 28. Dez. Der Korrespondent des Exchange Telegraph teilt aus autorisierter Quelle mit, daß Vorbesprechungen im Gange seien, daß eine neue internationale Konferenz für die Entwaffnung einberufen werde, in der eine größere Anzahl von Nationen vertreten sein werde. Präsident Harding sei tatsächlich der Ansicht, daß 5 Mächte nicht allein der gesamten Welt Gehege diktiert könnten.

## Die Sitzung des Obersten Rates.

Cannes, 28. Dez. (Havas.) Die erste Sitzung des Obersten Rates wird am 6. Januar abgehalten. Die Zusammenkunft wird acht Tage dauern. Die Delegationen werden ungefähr 200 Personen umfassen. Die amerikanische Abordnung trifft am 29. Dezember ein, die englische am 1. Januar und die anderen Delegationen am 5. Januar.

Ministerpräsident Briand hat gestern die Einladung zur Tagung des Obersten Rates in Cannes für den 6. Januar ergehen lassen. Auf dem Programm stehen zwei Punkte: Die Reparationen und die Einberufung einer internationalen Konferenz.

Die Vorkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage der Zollabstimmung in Oedenburg. Sie billigte die Vorschläge des Ausschusses der Generale betreffend Uebergabe des Gebietes an Ungarn am 1. Januar. Anschließend wurde die Frage der Deutschen Werke besprochen. Es verkündet, daß die Entente nicht auf der Niederlegung der Werke besteht, sondern, dem Vorschlag des Generals Koller entsprechend, deren Umbau unter der Voraussetzung gewisser Garantien genehmigt.

# Rosa Luxemburg gegen Moskau.

Am Gestirnslicht schrieb Rosa Luxemburg 1918 eine Zeitschrift über die russische Revolution, die jetzt der Kommunist Paul Levi herausgibt. Sie ist eine vernichtende Aburteilung der Moskauer Methoden. Gleich zu Anfang heißt es wörtlich:

Das Erwachen der revolutionären Tatkraft der Arbeiterklasse in Deutschland kann immermehr im Geiste der Revolutionen der Methoden der deutschen Sozialdemokratie (?) seltsamen Abgebendens durch irgendeine Massenorganisation, durch den blinden Willen an irgendeine stiefellose Autorität, sei es die der eigenen „Instanzen“ oder die der „russischen Bolschewiki“, hervorgezaubert werden. Nicht durch Erregung einer revolutionären Durcheinanderung, sondern umgekehrt: nur durch Einseitigkeit in den ganzen fürchtbaren Ernst, die ganze Unzulässigkeit der Aufgaben, und politische Stille und unglücklicher Selbstständigkeit, und kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedenen Vorwänden jahrzehntelang systematisch erötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden.

Die Parole, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufstellung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengelegten Wirkung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie führt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

Dah sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Verfall Russlands verwandelte, dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld.

Wenn verweist sich völlig im Mittel: Dekret, die faktische Gewalt der Fabrikarbeiter, denkerischen Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wiedererzeugung verbünden. Der einzige Weg zu dieser Wiedererzeugung ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breitetste Demokratie, öffentliche Meinung.

Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Leben entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben läßt allmählich ein, einige Duzend Parteien ihrer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leidet in Wirklichkeit ein Duzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterklasse wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Gehör zu leisten, vorgelegten Resolutionen zustimmen, im Grunde also eine Lianenwirtschaft!

Schwerer konnte die jetzige Einstellung der kommunistischen Partei nicht verurteilt werden wie durch die Widerwärtigen Rosa Luxemburg. Wenn sie durch der Sozialdemokratie einen kleinen Seitenhieb abgeben wollte, so ist dieser ein Vorstoß, denn auch der alten Partei herrschte vor dem Kriege Meinungslosigkeit, als Beweis dafür diene das Zusammenleben sowohl der revolutionistischen Richtung mit der reaktionären. Nebenfalls hätte sich die heutige kommunistische Propaganda von Moskaus Gnaden auch

in früheren Zeiten der sozialistischen Bewegung nicht halten können. Denn nur bei ehrlichem Gedankenaustausch, nur im Kampf der Meinungen kann der Sozialismus „leben“; jede geistige Kirchhofruhe ist Tod — siehe Moskau!

## Ein italienisch-jugoslawischer Zwischenfall. Schießereien im Hafen von Sebenico.

**Belgrad, 27. Dezember.** In Sebenico kamen am ersten Weihnachtstage gegen Abend Marinofeldaten eines im Hafen ankommenden italienischen Kriegsschiffes in die Stadt und versuchten die in den Gassen prominenten Einwohner durch beleidigende Ausdrücke herauszufordern. Da ein blutiger Zusammenstoß unausweichlich schien, gab ein anwesender Polizist einen Schuß ab, worauf die Soldaten sich auf das Kriegsschiff zurückzogen, jedoch von dort aus sofort eine Gewehrfeuer auf die am Hafen sich aufhaltenden Bürger eröffneten und dadurch mehrere von ihnen verwundeten. Der Polizeikommissar und der Vertreter des Garnisonkommandanten wollten bei dem Schiffskommandanten, bei welchem sich auch der italienische Konsul befand, intervenieren, wurden aber nicht empfangen. Die Italiener gaben über 1000 Schüsse ab, die jedoch unbeantwortet blieben. Der Vorfall erregte hier die größte Entrüstung und war der Gegenstand einer Ministerversammlung, in der beschlossen wurde, bei der italienischen Regierung den energischsten Protest einzulegen. Gleichzeitig wird das Verlangen gestellt, daß künftig kein Kriegsschiff der Alliierten jugoslawische Häfen anlaufe. Inzwischen hat ein zweites italienisches Kriegsschiff im Hafen Anker geworfen.

**Graz, 28. Dez.** Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad, der italienische Gesandte hat dem Ministerpräsidenten wegen der Vorfälle in Sebenico eine Protestnote überreicht. Der Ministerrat hat beschlossen, einen besonderen Beamten nach Sebenico zu entsenden, der die Vorfälle in der Stadt untersuchen soll.

**Graz, 28. Dez.** Die „Tagespost“ meldet aus Spalato: Während des gestrigen Tages sind mehrere italienische Kriegsschiffe in den Gewässern von Sebenico und Spalato angekommen.

## Die Unruhen in Aegypten.

**London, 27. Dez.** Die Nachrichten aus Aegypten lauten fortdauernd ernst. Sowohl in Alexandria, als auch in Port-Said und Sairo haben zwischen Nationalisten und Polizisten, welche von britischem Militär unterstützt werden, Zusammenstöße stattgefunden. In Alexandria sind bis jetzt über 400 Personen im Zusammenhang mit der Verschwörung verhaftet worden. Die Zahl der Teilnehmer an dem Boykott britischer Waren und derjenigen, die gegen jede ägyptische Regierung Opposition treiben, so lange diese mit England auf gutem Fuße steht, wird aufsehnend größer. In den großen Städten ist überall der Kriegszustand erklärt und wird von Polizei und ägyptischem Militär durchgeführt. In Sairo haben sich die britischen Marinofeldaten auf die Seite der Polizisten gestellt. Bei den Krawallen in Sairo wurde ein alter Mann getötet, der angeblich der ehemalige österreichische Erzherrzog Johann Nepomuk Saluator sein soll, der sich dort unter dem Namen Professor John Erb aufhielt.

## Ausbreitung der Typhusepidemien in Sowjetrußland.

Die Fleck- und Rückfalltyphusepidemien entwickeln sich zurzeit in Sowjetrußland in bedrohlichem Umfang. Wäh-

rend zuerst nur das Wolgarebiet von der Epidemie ergriffen war, breitet sie sich jetzt auch schon in den zentralen Gouvernements aus; besonders stark bedroht sind die Gouvernements Ufa, Perm, Simbirsk und Saratow (untere Wolga). Auch in Moskau und dem Moskauer Gouvernement wütet die Epidemie heftig; bis achtmal heftiger als im Vorjahr; in den Moskauer Spitälern haben 3000 Betten für Typhuskranken bereitgestellt werden müssen.

**In der französischen Kammer** wurde eine Vertrauensfrageordnung Dreyer in ihrer Gesamtheit mit 355 gegen 117 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung Herriot, die in Zukunft den Parlamentarier verbietet, Verwaltungsratsposten bei Kreditanstalten zu bekleiden, wurde mit 436 gegen 15 Stimmen, und der Zusatzantrag Bernhard, daß auch Advokaten oder Strohmann solche Posten nicht bekleiden dürfen, mit 425 gegen 5 Stimmen angenommen.

**Kommunistische Obstruktion gegen den roten Frack.** Als in der letzten Sitzung der Völkervereinigung der Senatsvertreter, wie üblich, mit seinem rotbesetzten Begleiter in den Saal trat, machten die Kommunisten Skandal, nachdem diese historische Kleidung schon des öfteren ihr Mißfallen erregt hatte. Sie verlangten, daß der Matsdiener den roten Frack ablege, und wenn das nicht geschähe, die Einstellung jeder Beratung der Bürgerchaft, solange der rote Frack im Saale sei. Von anderer Seite wurde das Erscheinen des Senats in gepuderten Perücken verlangt. Der Präsident der Bürgerchaft sagte, er habe keinen Einfluß auf die Kleidung des Matsdieners, worauf der Senatsvertreter erklärte, daß der Senat keine Verantwortung habe, die historische Kleidung desselben zu ändern. Von kommunistischer Seite erfolgte die Antwort, daß die Fraktion in jeder Sitzung, zu welcher sich der rote Frack im Saale sehen lasse, Obstruktion machen würde. Man ist fest entschlossen, den roten Frack herauszugraufen.

**Auslieferung von Deutschlands größtem Schwimmbad?** Nach einer Notiz in „Monds Licht“ zufolge glaubt man in England, daß das größte Schwimmbad der Welt demnächst in den Besitz der London and South Western Railway Company übergehen und in Southampton stationiert wird. Das in Frage kommende Schwimmbad von Blohm u. Voß sei von Deutschland als Kompensation für das Verfehlen der deutschen Flotte in Scapa Flow auszuliefern. Die London and South Western Company habe der englischen Regierung eine definitive Offerte für das Bad gemacht. In Hamburg ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden, daß das Bad zur Ablieferung kommen soll.

**Zur Strafverbüßung der bayerischen Räte-Revolutionäre** wird aus München amtlich mitgeteilt: Wegen Beteiligung an der Rätebewegung des Frühjahr 1919 sind in Bayern im ganzen 407 Personen zu Festungshaft verurteilt worden. Weit mehr als 2/3 von ihnen hatten im Wege der Einzelbegnadigung eine Bewährungsfrist zugebilligt erhalten. Die Mehrzahl der Begnadigten habe einen sehr erheblichen Teil der Strafe nicht verbüßen müssen. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl habe für die ganze Strafe Bewährungsfrist erhalten.

**An der finnischen Grenze** sollen die Russen nach einem Telegramm der Zeitung „Politiken“ starke Truppenabteilungen zusammen ziehen. In finnischen Militärkreisen betrachtet man die russischen Truppenkonzentrationen als militärische Demonstrationen. Finnischerseits sind Maßnahmen getroffen worden für den Fall, daß die Bolschewisten die Grenze überschreiten sollten.

**Eine Niederlage der Sowjettruppen.** Bei der Besetzung von Perofarst durch die Karelier verloren die Bolschewiki 200 Tote, zahlreiche Verwundete und Gefangene. Die Karelier erbeuteten einen ganzen Eisenbahzug und eine große Anzahl von Maschinengewehren und Munition.

## Die Ursache der Oppauer Explosionskatastrophe.

Wiewohl unserer Zeitgenossen denken heute noch an die Katastrophe, die sich an diesem Orte am 21. Dezember eine Tragödie der Arbeit vollzog, die 253 Personen das Leben kostete und 1452 arbeitende Menschen teils schwer, teils leichter verletzte? Die rasch dahinschwindende Zeit läßt uns leichtfertig in Vergessenheit geraten, auch dann, wenn Überwältigt sich können und die Verletzten einer einzigen Ursache nach Tausenden sich beglücken.

Wenige Wochen nach dem schwarzen Tage ging die Nachforschung durch die Presse, die Untersuchung über die Veranlassung des Unfalls sei eingeleitet. Wer machte Interesse an der Sache? Nachrichten gehabt haben? Die Untersuchung wird fortgesetzt, und von vornherein sei betont, daß aber auch jedem Hinweis über Ursachen des Unglücks um, mit heftigem Ernst entgegengetrieben wird. Wie könnte, wie dürfte es auch anders sein. Erkennen der Ursachen ist Voraussetzung für Ausschaltung des Arbeiterkampfes und das sicherste Mittel gegen Wiederholung gleicher oder ähnlicher Katastrophen. Von der Verantwortung der Frage: Wo liegt die Schuld? ist aber auch abhängig die Verhütung der in der Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter.

Bekanntlich setzte der Reichstag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, das gleiche tat Bayern. Welche Ausschüsse haben ihre Arbeiten gemeinsam auszuführen oder gegenseitig zu ergänzen. Der Untersuchungsausschuß hat der Unglücksstelle die Stätte seiner Tätigkeit aufgeschlagen. Mit ihm arbeiten Beamte der Gewerbeaufsicht und der Unfallversicherung. Die vom Verband der Fabrikarbeiter beschickte Kommission, die die Arbeiter und ihre Vertretung an der Klärung der Sache beteiligt werden, in die Kommission hat das Recht, Zeugen zu vernahmen, deren Aussagen weiterzugeben, nach eigenen Entschieden Anforderungen zur Durchführung der Untersuchung stellen und Verschöngern zu machen. Wenn man trotzdem heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, liegt das an der Länge des Dilemmas.

Ammoniakalkalipeter, von der Wissenschaft erachtet, den Aufbau der Materie zu fördern, die Grundwerte anzuerkennen, den Menschen mehr Brot, dem

Wohl Nahrung zu geben, also das Leben zu fördern, hat Tod und Verderben ausgebreitet. Nun müssen die Wissenschaftler forschen und die Arbeiter mit ihrer Erfahrung arbeiten, um auf die Ursachen zu stoßen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist nach mehreren Sitzungen, in denen Arbeiter, Direktoren und andere Personen gehört und vernommen wurden, zu dem Ende gekommen, sieben Gutachter aufzufordern, sich in den Dienst der Untersuchung zu stellen. Vom Vorschauem der Leitern der chemisch-technischen Reichsanstalt bis zu namhaften Lehrern an deutschen Hochschulen haben alle Bereitwilligkeit der Aufforderung Folge geleistet.

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Ludwigshafen, in voller Öffentlichkeit, unter Weisung des Arbeiterrates und Arbeitern als Zuhörer, in Gegenwart der Direktion, hat der Untersuchungsausschuß die Gutachten entgegengenommen. Die Gutachten sind mündlich ergänzt, die Ergebnisse von Zergewerkstätten in der Eisenstraße sind zur Besichtigung gestellt, das Ganze in freier Ansprache gewürdigt. Aus der Summe der Gutachten erscheint die Schlussfolgerung „erregt, daß Ammoniakalkalipeter um so explosiver wird, je mehr es mit Nitrat angereichert ist. Die entnommenen und untersuchten Proben ergaben unterschiedlich einen Nitratgehalt bis zu 99 Prozent. Eine Nitratanreicherung bis zur Hälfte dieser Menge ergibt bereits Explosionsgefahr. Mit chemischer Verdrängungsfähigkeit kann angenommen werden, daß innerhalb der Lagernden Massen explosive Nitratminer entstanden sind. Wie sind die entstanden, ist nun die Frage. Die Arbeiter nehmen an, mangelhafte Beweiskontrollen beim Verfrachten und Mischen der Salze haben das Unheil der Nitratminer ermöglicht. Die Gutachter nehmen zur Annahme, daß Reichlichkeit eine Unvorsichtigkeit verursacht habe. Ein kleiner Reiz der Gutachter ist beantragt, die Vorrichtungsbauarbeit fortzusetzen. Die Probeentnahme soll von dem Arbeiterrat und dem Beamten der Unfallversicherung vorgenommen werden. Deren Untersuchung soll sich dahin erstrecken, ob die Nitratminer durch Lagerung, Witterungseinflüsse oder durch Fehler in der Erzeugung entstehen können. Wird die letzte Frage bejaht, dann gewinnt die Verantwortung der Arbeiter Bedeutung, die die Erzeugungsfelder in dem Präzisions- und Kalkulations erblitzen.

## Die Hilsaktion.

Als zur vierten Tagung des Untersuchungsausschusses am 5. und 6. Dezember in Ludwigshafen waren eingegangen beim Hilsauschuß in Berlin 31 529 696 Mark, beim Hilsauschuß in Ludwigshafen 36 586 812 Mark. In diesen Summen liegen 10 Millionen Reichsmark und ein Voranschlag von der bayerischen Regierung von 5 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unterstützung ist das Hilswerk Oppau bestimmt, dem Vertreter der Gewerkschaften angehören. Der Staat Bayern hat einen Kommissar eingesetzt, der die Rechte des Bezirksamtes und der Regierung auf dem Gebiete der Baupolizei, des Volksgesundheits-, des Brandschutzgesetzes und des Enteignungsgesetzes in sich vereinigt.

Die Höhe der Unterstützung auf die Hinterbliebenen wird nach Sägen bemessen, die die Anstalt für ihre Wertangehörigen übernommen hat, das sind 2000 Mark Sterbegeld an Angehörige von Verheirateten, 1500 Mark an Angehörige Lediger und 50 Prozent des jeweiligen Tariflohnes. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Prozent des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallrenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden.

## Bewüstung und Aufbau.

Der Sachschaden ist bislang auf 921 Millionen berechnet worden. Vollständig zerstört sind 312 Haupt- und 306 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wieder hergestellt, 583 Wohn- und 731 Nebengebäude werden zurzeit inhaftiert. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbaracken gebaut, in denen 278 Domizilien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben.

Der Unglücksfall ist zum größten Teil geräumt. Gesprengt wird vom Tage des Unglücks an nicht mehr. Ein neues auf hydrostatischem Druck beruhendes Verfahren ist in Anwendung. Bedauerlich ist, daß das geänderte Verfahren zur Entweitung mit soviel Leid und Elend erkauft werden mußte. Jeder Änderung des Glücks reichen die eingegangenen Mittel leider nicht aus, müssen die Dicken der Hilsbereitschaft für die Opfer der Arbeit noch weiterfließen.

August Brey.



# Bewerkschaftliches.

**Wahlprüfung des Vaterverbandes.** Der Vorstand des Vaterverbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. hielt vom 8. bis 11. Dezember eine Sitzung ab. Der Vorsitzende Strehle richtete über die Geschäftstätigkeit im Jahre 1921 und über die Aussichten für die nächste Zeit. Die ungeheure Wohnungsnot dringt auf Neubautätigkeit, und die viele Jahre zurückgestellten Erneuerungsarbeiten in Privathäusern und öffentlichen Unternehmungen müssen dem Vaterverbande best. bringen. Der Verband führte bis zum 1. Oktober 1921 drei bzw. vier allgemeine Versammlungen ab. In 99 drückte die Wahlämter mit 5488 daran beteiligten Mitgliedern durch, ferner war er an 200 Streiks in der Industrie beteiligt. Die Zahl seiner Mitglieder betrug jetzt 10071. Damit ist der jemals vorhanden gewesene Höchststand wesentlich überschritten. Die finanzielle Lage ist ebenfalls günstig, doch drängen die Verhältnisse zu einer Ertragsverhöhung, um vor allem die Streikunterstützung, aber auch die Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung auf eine angemessene Höhe zu bringen. Zur Frage Ertragsverhöhung wurde beschlossen, den auf die Hauptkasse entfallenden Teil vom 1. Februar 1922 an von 3,50 Mk. die Woche auf 4 Mk. zu erhöhen. Der Alltagsbeitrag muß mindestens 1 Mk. betragen; er ist nach oben unbegrenzt. Die Erwerbslosenunterstützung wurde um durchschnittlich 70 Prozent, die Sterbeunterstützung um 50 Prozent und die Streikunterstützung um 33 Prozent erhöht. Die Tätigkeit des Verbandes wurde allgemein gebilligt. Es ist anzunehmen, daß die Beschlüsse, besonders auch die über die Weiterführung, allgemeine Zustimmung finden.

**Freigewerkschaftlicher Erfolg bei den Zentralbetriebsräten der Reichspost.** Ueber die vom 15. bis 17. Oktober dieses Jahres stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen hat nunmehr das endgültige Ergebnis vor. Eingereicht sind vier Vorschlagslisten, und zwar vom: Deutschen Verkehrsband, VSA-Bund, Gewerkschaftsbund der Poststellen und von der Deutschen Postgewerkschaft. Abgegeben sind insgesamt 85 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten Gewerkschaftsbund der Poststellen 1181, VSA-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (eigentlich) 6745 und Deutscher Verkehrsband 51 062. Es gibt bei dieser Wahl keinen einzigen SPD-Bezirk in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrsband die überherrschende Mehrheit der Stimmen und Gewaltschwärmer hinter sich hat. Er hat 30 574 Stimmen mehr erhalten als alle anderen beteiligten Organisationen. Von 67 559 Stimmen sind 57 624 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7826 erhielten Christlichen und der SPD. Dieses Ergebnis bedeutet für Christen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1920 entsandte der Deutsche Verkehrsband insgesamt 10 Mitglieder den Zentralbetriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also Gewinn von fünf Sitzen im Zentralbetriebsrat. Von 17 wählenden Mitgliedern für den ZBR, entsandten die sieben Gewerkschaften 16 Mitglieder.

# Volkswirtschaftliches.

Auf der Hamburger deutschen Werft ist der letzte, aus der Serie von 4 Stück 8000 Tonnen großer Dampfer vom Stapel gelassen. Mit diesem Stapellauf hat die deutsche Werft in diesem Jahre den 21. Neubau zu Wasser gelassen, mit einer Gesamttonnage von mehr als 84 000 Tonnen.

**Der Reparationsalltag.** Einige Elektrizitätswerke in der Provinz Sachsen und in Thüringen, darunter die Thüringer Elektrizität-Lieferungsgesellschaft (Geba) führen, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, englische Zeitschle ein, erhöhten aber infolge der höheren Kosten die Strompreise durch einen Sonderzuschlag von 10 Prozent. Auf der andern Seite muß Deutschland keine Kohlen an Frankreich liefern, die von dort wieder nach England verkauft werden.

**Wo steht er eigentlich nicht?** Nach einer detaillierten Meldung hat „L'Union“ laut „Tab. Verwertung“ eine Gruppe von drei Schuhfabriken in Bekarobien und eine Schuhfabrik in der Welschland aufgekauft, um von dort aus die Schuhverfertigung zu verlegen.

**Die französische Eroberung Oberschlesiens.** Nach der „Journale Industrielle“ haben die Verhandlungen wegen einer Beteiligung des französischen Kapitals an der Industrie Oberschlesiens nicht vor dem Abschluß. Zur Verwaltung und Auswertung der preussischen Gruben soll eine Gesellschaft mit 100 Millionen Mark Aktienkapital errichtet werden. Taten soll die Hälfte von einer französischen Gruppe, die andere Hälfte von dem Staat oder von einer polnischen Gruppe übernommen werden, die sich die notwendigen Mittel durch eine Anleihe verschaffen soll. An den deutschen Gruben in Privatbesitz soll dem französischen Kapital eine Beteiligung von nur 15 Prozent eingeräumt werden. Diese Beteiligung kann gegebenenfalls bis auf 30 Prozent gebracht werden, wenn gewisse Modalitäten, wie Verkaufserlöse ausgenutzt werden. Ferner soll eine französisch-polnische Bank für Oberschlesien errichtet werden.

**Günstige Entwicklung des deutschen Außenhandels?** Nach den vorläufigen Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Dezember 1921 hat im Dezember den Wert von 123 Milliarden Mark gegen zu Millionen Doppelzentner im Werte von 13,9 Milliarden Mark im Oktober, die Ausfuhr 11,1 Milliarden Doppelzentner im Werte von 11,9 Milliarden Mark gegen 19,7 Milliarden Doppelzentner im Werte von 9,7 Milliarden Mark im Oktober. Der Menge nach ist sowohl im Verlaufe zum Vormonat die Einfuhr um 4,7 Millionen Doppelzentner oder 15,7 v. H., die Ausfuhr um 0,6 Millionen Doppelzentner oder 3 v. H. zurückgegangen. Dem Werte nach zeigt sich eine Abnahme nur bei der Einfuhr (1,6 Milliarden Mark oder 11,5 v. H.), während der Wert der Ausfuhr eine Steigerung um 2,2 Milliarden Mark oder 22,7 v. H. anwies. Dem überaus reichenden Rahmen des Einfuhrüberschusses auf 12 Milliarden Mark im Oktober ist also eine ebenfalls überaus reichende Abnahme auf 0,1 Milliarden im November gefolgt. Man wird die Ergebnisse der folgenden Monate abwarten müssen, um sagen zu können, ob die Verminderung des Einfuhrüberschusses im November den Anfang einer andauernden glänzenden Entwicklung bildet oder nur eine vorübergehende Erscheinung ist. In den Monaten Mai bis November hatte die deutsche Einfuhr einen Wert von 67,7, die Ausfuhr einen Wert von 52,9 Milliarden Mark, so daß sich für diesen Zeitraum ein Einfuhrüberschuß von 14,7 Milliarden Mark ergibt.

# Bernischtes.

**Oesterreichischer Valutahumor.** Ein Wiener Montagsblatt schießt neuerdings seinen Wefern ein paar Valutaherze auf, die im Hinblick auf die letzte große Kursverflechtung der Krone besonders zeitgemäß sind. In einer Anzeige sucht das Blatt mehrere Teilhaber zum Ankauf eines Glases. Die Anzeigen für das riskante Projekt werden unter der Chiffre „Frisch“ geleitet. In halb gewonnenen an die Expedition erbeten. Schweizer Glaskäufer gibt das Blatt den Rat, in dem „Schleberzug“ Wien — Zürich eine Flasche in ihren Hand zu trinken und die gekerkerten Flaschen in ihren Hand zu liefern mitzunehmen. In Zürich bekommen sie dann für jede leere Flasche 50 Centimes oder rund 700 Kronen. Da die Flasche Gumpoldstrücker in Oesterreich aber nur 500 Kronen kostet, so haben die glücklichen Reisenden nicht nur den Wein umsonst getrunken, sondern auch noch obendrein an jeder Flasche 200 Kronen verdient. Schließlich berichtet das Blatt das folgende Scherzchen, das der Wirklichkeit nicht allzuweit voraneilt. Bei Zacher in Wien sitzt ein Amerikaner. Er hat ein Glas Cognac getrunken und mit einem Dollar bezahlt. Der Ober gibt ihm 2000 Kronen heraus. Vor dem Fortgehen bezieht der Amerikaner noch einen Wodka. Als er 500 Kronen dafür bezahlen will, legt ihm der Ober seinerseits 500 Kronen auf den Tisch. Wie — fragt der Amerikaner — ich habe noch den Wodka zu zahlen und Sie geben mir noch einmal 500 Kronen? Schon richtig, erwiderte der Ober, der Dollar ist inzwischen wieder um 1000 gestiegen.

**Das unterirdische Goldland.** Wie aus England berichtet wird, wurden kürzlich aus dem Brack des Heberseebampfers „Laurentic“, der im Januar 1917 im Ärdischen Kanal auf eine Mine gelangt und in die Luft gesunken war, 12 Kisten heraufgebracht, deren jede Goldbarren im Werte von 1200 Pfund Sterling enthielt. Die „Laurentic“ hatte an Goldbarren Werte von 7 Millionen Pfund Sterling an Bord, die mit 20 Personen in die Tiefe versanken. Bereits im Jahre 1919 wurden aus dem Schiffsrumpf für eine halbe Million Pfund Barren heraufgeholt, und man hofft, den Rest des Schatzes bald ans Tageslicht befördern zu können. Gegenwärtig ist man auch dabei, den Dampfer „Merida“, der im Jahre 1912 auf der Höhe von New York mit zwei oder drei Millionen Dollars in Silberbarren in die Tiefe versank, zu heben. In der Bai von Vigo in Spanien ruht noch immer auf dem Grunde des Meeres ein Schatz im Werte von 28 Millionen Pfund Sterling in Gold, Silber und Juwelen, und auf der Höhe von Sebastopol liegt in der Tiefe das Wrack des „Mad Prince“, der im Krimkrieg samt den 600 000 Pfund, die er an Bord hatte, durch Geschützfeuer in den Grund geholt wurde. Auf der Höhe von Cornwall alng feinerzeit eine spanische Galfone mit 17 Millionen Dollars unter. In der Mitte von Essex verankert der holländische Schoner „Kronen Volder“ mit 500 000 Pfund Sterling, und nach heute werden am Strand von Cheshil hier und da Silberbarren gefunden, die einem Schatz von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling angehören, der hier einst versunken ist. Bei Kap Kolomborough endlich liegt das Wrack der „Sarina“, deren Goldschatz im Werte von 3 Millionen Pfund Sterling ebenfalls noch der Debnung harret.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Cewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

**Stadttheater Danzig.**  
 Direktion: Rudolf Schaper.  
 Donnerstag, d. 29. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr  
 Kleine Preise.  
**Rosenhildchen**  
 Märchenmärchen in 9 Bildern von Gertrud Schwegmann und Vera Ottenburg.  
 Musik von Ludwig Schjöl.  
 Bild: Im Zauberwald. 2. Bild: Des Vaters Umkehr. 3. Bild: Bei der Waldmutter. 4. Bild: Windkönigs lustigem Reih. 5. Bild: Bei der Heben Frau Sonne. 6. Bild: Auf Montags Bergen. 7. Bild: In Schwärzmännleins Glaspalast. 8. Bild: Wieder daheim.  
**Tanzeinlagen.**  
 Abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2.  
**Der Wildschütz**  
 Oper in 3 Aufzügen. Dichtung und Musik Albert Lortzing. Szenische Leitung: Walter Mann. Musikalische Leitung: Erich Walter.  
 Inspektion: Otto Friedrich.  
 Abends 7 Uhr. Ende 9 1/4 Uhr.  
 Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr. Kleine Preise.  
**Rosenhildchen.**  
 Samstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Mignon.  
 Oper.  
 Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr. Kleine Preise.  
**Rosenhildchen.**  
 Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2.  
**Madh Wundermeres Fächer.** Komödie.

**Hotel Danziger Hof**  
 Sonnabend, 31. Dezember 1921  
**Danzigs größte Silvester-Feier**  
 In allen Räumen  
**Silvester-Stimmung**  
 3 Musik-Kapellen  
 Konfetti und Scherzartikel im Restaurant  
 käuflich. — Tischbestellungen  
 rechtzeitig erbeten.

**Linden-Restaurant und Café**  
 Altstadt, Graben 93 Gegenüber der Markthalle Telefon 2909

Täglich  
**Internationale Jazzband-Kapelle**  
 6 Herren  
 darunter die große Kanone aus Budapest am Trapp-Trumm  
**Großes Silvester-Programm**  
 Warme Küche bis 3 Uhr nachts geöffnet

**Sämtl. Drucksachen**  
 in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen  
 Buchdruckerei J. Gehl & Co.,  
 Danzig, Am Spandhaus 6, Telefon 3290

**Allgem. Versammlung**  
 der Buchdruckereibesitzer im Gebiet der Freien Stadt Danzig  
 Freitag, den 30. Dezember 1921,  
 nachm. 5 Uhr im „Hohenzollern“, Langer Markt 11.  
 Tagesordnung:  
 1. Aufstellung des Verzeichnisses der zur Danziger Vertragsgemeinschaft gehörenden Firmen.  
 2. Wahl der drei Prinzipalvertreter und ihrer Stellvertreter für das Danziger Tarifamt.  
 3. Vorschlag für den dem Tarifamt vorstehenden Juristen und für seinen Stellvertreter.  
 4. Allgemeinerbindlichkeit der Danziger Vertragsgemeinschaft.  
 Da es sich um grundlegende Beschlüsse für das gesamte Danziger Buchdruckergewerbe handelt, ist das Erscheinen sämtlicher Buchdruckereibesitzer geboten.  
 J. H. W. Kroger.

**Soeben erschienen!**  
**Arbeiter-Natiz-Kalender**  
 1922  
 Preis 4.— Mark.  
 Buchhandlung Volkswacht,  
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Bahn-Kranke**  
 werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.  
 Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.  
**Institut für Zahnleidende**  
 Telef. 2621 Pfefferstadt 71 Telef. 2621  
 Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

**Volkspflege**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft  
 — Sterbekasse. —  
 Kein Pötkenerfall.  
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
 Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
 Rechnungsfelle 16 Danzig  
 Bruno Schmidt,  
 Mattenbuden 35.

**Maschinendrehen**  
 auch auf poln. Masch.  
 Tages- und Abendkurse  
 Otto Siede, Neugarten 11, 1

**Mähmaschinen-**  
 reparaturen rasch u. billig.  
**Bernstein u. Comp.**  
 Langgasse 50.

**Stenographie**  
 Einzelunterricht 497  
 Tages- u. Abendkurse  
 Otto Siede, Neugarten 11

**Supfer, Messing**  
**Blei, Zink usw.**  
 kauft zum Tagespreis 1900  
**Arnold, Trankergasse 8.**  
 Pfefferstadt 11.

**Alt-Eisen,**  
**Alt-Metalle**  
 kauft dauernd zum höchsten Tagespreis 1945  
**Fa. E. R. Heinrich,**  
 Inh.: Ch. Ludwig.  
 Pferdetränke 18.

**Wilhelm-Theater**  
 vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann  
**Morgen, Freitag, den 30. Dezember**  
 abends 7 1/2 Uhr  
 Kassenöffnung 6 Uhr  
**„Der Bettelstudent“**  
 Sonntag, den 1. Januar:  
**„Der Raub der Sabinerinnen“.**  
 Montag, den 2. Januar:  
**„Der Bettelstudent“.**  
 Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlermarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse.  
**„Libelle“**  
 Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Annahme des Danzig-polnischen Abkommens

durch die bürgerliche Mehrheit des Volkstages.

Die Verkürzung der Amtsdauer des Senats auf 4 Jahre.

### Vollziehung des Volkstages

am Mittwoch, den 28. Dezember 1921.

Der Antrag des Senats auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gaiswasi wird ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

#### Erhöhung des Einkommens der evangelischen und katholischen Geistlichen

wurde durch zwei vorliegende Gesegentwürfe gefordert. Ein Antrag der Deutschen Partei verlangte, daß auch die Bezüge der Kirchenbeamten in den Gesetzen festgelegt werden.

Abg. Christiani (D.) tritt für die Verabschiedung der beiden Gesegentwürfe ein. Die Kollage der Geistlichen sei allgemein bekannt. Der Antrag der Deutschen Partei könne in der vorliegenden Form nicht angenommen werden.

Abg. Friedrich (D. P.) betont, daß mit dem gleichen Recht, wie der Senat die Gehälter der Geistlichen festsetzt, auch die Bezüge der Kirchenbeamten gesetzmäßig festgelegt werden können.

Abg. Schmidt (A.) erklärt, daß die kommunistische Fraktion die Vorlagen und Anträge ablehnen werde. Als die Hilfe für Invaliden und Arbeitslose zur Deckung aus, waren die Geistlichen der bürgerlichen Fraktionen von der Not der Armen nicht zu überzeugen. Medner verlangte die Trennung von Kirche und Staat.

Abg. Max (A. S. P.) wußte ebenfalls die Gesegentlage ab. Die Kirchengemeinschaften mögen sich aus eigenen Mitteln erhalten.

Die beiden Gesegentwürfe wurden unverändert angenommen. Die Deutschnationalen und das Zentrum lehnten die Besoldungsregelung der Kirchenbeamten ab.

#### Die Militärrenten gekürzt.

Eine große Auflage der kommunistischen Fraktion betr. die Weiterzahlung der deutschen Militärverpflichtungsbeiträge.

Abg. Schmidt (A.) betont, daß unter den Rentenempfängern eine große Unruhe herrscht, weil befürchtet wird, daß nach dem 1. Januar die Renten nicht gezahlt werden.

Senator Dr. Schwarz erklärt, daß die Fortzahlung der Pensionen und Militärrenten nach dem 31. Dezember völlig gesichert ist. Ein Abkommen regelt ihre Weiterzahlung in bisheriger Höhe bis zum 31. März 1923. Es ist anzunehmen, daß dann das Provisionarium weiter verlängert wird. Danzig wird von den aufzubringenden Summen 40 Proz., das Reich 60 Proz. übernehmen. Mit Rücksicht darauf, daß Danzig zahlreiche Kriegsbeschädigte und Pensionäre zu versorgen hat, darf der Betrag, der auf Danzig entfällt, 25 Millionen Mark nicht überschreiten. In der Zahlung der Militärrenten und Pensionen tritt am 1. Januar keine Störung ein.

Eine Rejureschana der Anfrage findet nicht statt.

#### Das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen

Zur ersten Lesung des Zusatzantrages liegen Wortmeldungen nicht vor. Es erfolgt dann die gemeinschaftliche zweite Beratung des Abkommens und des Zusatzvertrages. Als erster Redner spricht

#### Genosse Gehl:

Meine politischen Freunde haben bereits bei der ersten Beratung des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens durch mich ihre grundsätzliche Stellung zu diesem Abkommen erklärt. Wir begrüßen es, wenn auf friedlichem Wege zwischen zwei Staaten Verträge zustande kommen und diese Verträge das Lebensinteresse des anderen Teiles nicht verletzen. Das ist aber leider von dem vorliegenden Abkommen nicht zu sagen. Eine kleine Freude haben wir insofern erlebt, als es unserer sehr scharfen und der in vielen zum Teil und fernstehenden politischen Kreisen der Bevölkerung entgegenstehenden Opposition gegen dieses Abkommen gelungen ist, vorübergehende Erleichterungen und Verbesserungen für Danzig zu erlangen. Dennoch können meine politischen Freunde die Verantwortung für das gesamte Abkommen nicht übernehmen, weil es in seinen Verbesserungen nur als Mimesen zu bewerten ist.

#### Die Folgen des Abkommens.

Die Leidtragenden werden, wenn dieses Abkommen auch vom Volkstage ratifiziert sein wird, die Winderheimlichen, insbesondere die Danziger Arbeiter sein. Fast alle Waren, die wir hier in Danzig kaufen müssen, werden im Preise wesentlich erhöht werden. Es wird gesagt, ja, es werden Waren in Danzig hergestellt; es kommen auch Waren aus Polen nach Danzig, die den Zolllagen nicht unterliegen, also billiger sein werden als andere Waren. Wir werden aber auch später einen großen Teil von Waren aus dem Ausland beziehen müssen, und diese Waren werden dem Zolltarif unterliegen und wesentlich verteuert werden. Und wenn man es später den Waren ansehen können, ob sie hier in Danzig oder in Polen hergestellt sind, oder ob sie vom Ausland hier nach Danzig gekommen sind? Wenn man jetzt bei Wädem oder Mehlhandlungen Mehl kaufen will, dann wird man gewahr, daß dieses Mehl als Auslandsmehl bezeichnet wird, wofür die hohen Preise bezahlt werden müssen. Und wenn wir später Waren bei einem Kaufmann in Danzig erwerben werden, dann werden wir auch nur Auslandswaren vorliegen bekommen, die wir dann zu höheren Preisen kaufen müssen. Auf die Frage, wie man Ware, die aus dem Ausland kommt, von der aus dem Inlande oder aus Polen stammenden Ware unterscheiden kann, und wie man es machen will, um die Danziger Bevölkerung vor dieser Vertreibung zu schützen, wurde im Hauptauschuß von dem Senat beantwortet: Ja, jede Angelegenheit findet ihre Entscheidung nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Die minderbemittelte Bevölkerung wird also die Kosten für die Folgen des Wirtschaftsabkommens zu tragen haben. Es liegt mir vielleicht noch über diese Dinge reden, wenn wir hier in Danzig ein eindeutiges sozial denkendes Unternehmertum hätten. Ein Unternehmertum, das sich einfach sagen würde: Schön, das Wirtschaftsabkommen mit dem Zolltarif ist abgeschlossen. Das bedeutet eine

wesentliche Vertiefung der Lebenshaltung der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, Angestellten usw., und wir haben vor nichts anderes zu tun, als durch Lohnerhöhungen und Gehaltsaufbesserungen einen Ausgleich zwischen der Vertiefung der Lebenshaltung und den bisherigen Löhnen herbeizuführen. Aber haben wir denn ein derartiges sozial

denkendes Unternehmertum in Danzig? Im Gegenteil. Ich erinnere z. B. an das Verhalten der Danziger Werft dem Schiedsgericht gegenüber. Die Danziger Werft hat bekanntlich den Schiedsgericht abgelehnt, damit ist der Beweis erbracht, daß selbst eine Institution, die dem Senat untersteht, nicht willens ist, den Arbeitern und Angestellten notwendige Lohnaufbesserungen zu geben. (Lohnaufbesserung) die ihnen doch eigentlich ohne weiteres nach den heutigen Verhältnissen zukommen. Daselbe kommt natürlich auch für Schiffbau und andere Firmen in Frage. Aber nicht bloß bei diesen Unternehmer Kategorien kommt so etwas vor, sondern auch bei allen anderen Unternehmern von Bedeutung. Und der Beweis in der Handelskammer so, daß wohl vor den Werft ist der nicht als sozial denkend bekannte Herr Meier ersetzt worden durch den Oberbaurat Herr Klawitter. Das beweist doch, daß man dort nicht fortschrittlich, sondern vielmehr rückwärtlich gekommen ist. Und deshalb können Sie auch nicht verlangen, daß die Arbeiter Vertrauen zu den Unternehmern haben, denn diese werden den Arbeitern und auch den Angestellten Aufbesserungen ihrer Löhne und Gehälter nicht gewähren.

#### Neuverschickende Lohnsätze.

Wenn das Abkommen Gesetz werden wird, so wird davon die Folge sein, daß die Not der Kleinrentner, Pensionäre, der Kriegsbeschädigten und der Erwerbslosen und Unernechtliche steigen wird. Lohnsätze werden auf der ganzen Linie steigen, um wieder wettzumachen, was der Zolltarif den Arbeitern anführt. Bei dem hartnäckigen Verhalten unseres Unternehmertums werden die Kämpfe scharf werden, worunter letzten Endes das gesamte Staatswohl und insbesondere die Arbeiter leiden werden. Die Arbeiter und Angestellten, die organisiert sind, die einer guten, selbstbewußten Organisation angehören, können schließlich auf Grund ihrer eigenen Kraft und mit Hilfe der Transaktionen Aufbesserungen ihrer Löhne erhalten. Aber wie ist es mit den anderen, die ich kannte, mit den Kleinrentnern, den Pensionären, den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen, den Erwerbslosen? Wo bekommen die höhere Preisse der? Auch diese müssen die Waren teurer einkaufen. Sie werden natürlich an den Senat und an den Volkstag mit neuen Forderungen herantreten, und der Volkstag wird dem Antrag auf Herabsetzung höherer Preise ohne weiteres auskommen müssen. Dann werden wieder neue Steuern kommen, um die bewilligten Beträge wieder einzubringen. Und diese bezahlen wieder die breiten Massen der Bevölkerung. So kann es nicht weitergehen.

Die einzigen, die Nutzen von diesem Abkommen haben werden, werden diejenigen sein, die vielleicht heute noch Waren in ihren Kellern aufgespeichert haben, die sich jetzt noch mit Waren eindecken bis zum Inkrafttreten des Zolltarifs, und die nachher zu schmelzen an der Allgemeinheit handeln, daß sie billige Waren einfach als Auslandswaren deklarieren und damit große Geschäfte machen. Diese Politik und Manipulationen können meine Parteifreunde nicht unterstützen, und darum lehnen wir das Wirtschaftsabkommen ab. (Bravo! Lufz.)

Präsident Sahm: Das zur Beratung stehende Abkommen geht in erster Linie zurück auf den Artikel 104 des Vertrages von Versailles. Es ist noch in unser aller Erinnerung, welche Schwierigkeiten bis zum endgültigen Zustandekommen der sogenannten Konvention vom 9. November 1920 zu überwinden waren. Groß war die Verantwortung, welche die Danziger Delegation übernahm, als sie am 8. November einstimmig beschloß, der Weimarer Konferenz mitzutellen, daß die Delegation bereit sei, die Konvention in der jetzt vorliegenden Fassung am 9. November zu unterzeichnen. Knapp mehr als ein Jahr ist seit dem Abschluss jener Konvention verstrichen. Wohl aber waren die beiden Vertragsparteien sich bald darüber

## Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

10.)

(Fortsetzung.)

Nach dieser Bemerkung löderte Gullik sein Zoch, denn der Wind warde härter und blies von Nord nach Süd. Das Boot flog jetzt rasch auf die Höhe von Zandee los und dann daran vorüber ins Meer hinaus, wo ganz außen noch eine hohe Klippe aus dem Wasser raste. Das war Euen, wohin Gullik wollte. Nach beiden Seiten in der Ferne gab es schwarze Punkte auf dem Wasser, das waren Nibberboere, die dort ihren Fang treiben, aber Gullik lief mit seinem Raubzeug in einen kleinen Einbaum am Dellen, deren es viele gab, und dann sprang er auf die Klippe, zog die Rolle weit hinauf, ergriß den Zoch und schleppte ihn mit Mühe bis an die Höhe der Klippe.

Kein Strand und kein Dalm war auf der Klippe zu sehen, wohin Gullik den Zoch mit dem Zochende geschleppt hatte. Zerrissen und ansgewühlt lagen die Felslagen, zertrümmert und zerbrochen aus steinernen Säulen. Nur aus manchen Ragen wucherten schilfartige Räden, die im Winde raschelten, und unten übte das Meer wenn es angetrieben in die tiefen Vertiefungen brannte, die es in zeitlosen armenischen Kämpfen geschaffen. Denn Winterhärme wüteten, flog die Brandung über die Klippe fort, und zwischen den Felslagen senkten sich hohe Wäber hinauf, die von Eis und Schnee angefüllt, zerbrochen und zertrümmert waren, und auf deren Grund schlammiges Wasser dümpelte. In einem solchen Luge schleppte Gullik den Zoch, blieb dabei stehen und sah hinunter. Es war mehr als zehn Fuß tief, von allen Seiten steil und fast rund. Verstehten hinten daran nieder bis auf die schwarze ätternde Alufäule, die den Boden bedeckte.

Ein paar Augenblicke starrte Gullik vor sich hin, dabei saßen sich seine harten Hände zusammen, er stand in tiefen Gedanken. Darauf aber ließen sich seine Finger los, und langsam kamen die Worte über seine Lippen: „Es muß so sein, also mag es geschehen.“ Und indem er mit der linken Hand nach dem Zoch griff, sank seine rechte in die Tasche, er zog dort sein Messer heraus, ließ aber die Scheide darin stecken. Es war ein langes, scharfes Messer, wie es die Fischer zum Ausweiden der Fische bei sich führen. Mit einem Schnitt in der stärksten Kabellein darauf von oben bis unten

aufgerissen, die scharfe Spitze trennt ihm Kehle und Kopf. Gullik hielt es in seiner vollen Hand so gefaßt, wie es zu Stroh und Zucht nötig war, und während er sich bückte, und die Spitze vom Zoch zurückzog, schloßen sich seine Finger um den Griff des Messers, als wolle er rasch sein blutiges Werk tun. Da wühlte sich der graue, dicke, weiße Zoch aus der Umhüllung hervor, und die Klippe, welche das Tier empfand, dem Gesangnis entrannen in sehr und den nichtbekannt in Weidhagen nun zu sehen, drückte sich in seinen klügenden Augen und schneellen, schmerzlichen Bewegungen aus. Er froh zu Gulliks Füßen, er hob in ihm auf und ließte seine Hand. Das Gesicht des Fisches sah, das Messer stierte in seinen Ringen, er hob den Arm auf und ließ ihn wieder sinken, er konnte es nicht ertragen. Seinen Kopf richtete er zum Himmel empor, lachend ließen die Zochschwänze über ihm, unter seinen Füßen schaute in den Wälden die Brandung, als läge da ein Zochbender. Das machte ihn wieder an sein sterbendes Kind.

„Mein, nein,“ sagte er entschlossen und hart. „Du mußt daran. Weißer du, als er, Gott steh dir bei!“ Und damit griff er dem Hund ins Gesicht, prekte ihn mit aller Kraft an seinem Kopf und schloß das Messer auf dessen Augen. Aber in dem sein Arm niederfahren wollte, hörte er eine Stimme dicht neben sich, die ihn anfuhr, und im Schrecken ließ er den Hund los.

Thorkel Jungos stand dicht bei ihm; ein hirtens Gesicht kam über den Fische, und da er ihn ansehen wollte, vermochte er es nicht, er mußte die Augen niederzulegen. Thorkel sprach kein Wort, aber der Hund knurrte sein Zoch, er froh zu ihm hin, Zoch bei ihm zu suchen. Da fuhr ein grimmiger Bohn durch Gulliks Brust. Sein Herz mit dem Messer kretzte, sich, sein kaltes Gesicht schloß er, er armete schwer. „Wißt du da, erkender Kerl?“ schrie er. „Was noch nicht genug Unheil über mich gebracht? Willst keinen Herhund haben, mir die Klagegepenster weiter ins Haus zu hängen?“

„Wie sprichtst du so, Gullik Hansen?“ antwortete Thorkel.

„Weißt du nicht, daß ich gern dir nur Siebes tun möchte?“

Der Fische schwieg, seine Augen rollten noch rauer.

„Wie kommst du wieder?“ fragte er endlich.

„Das geht natürlich genug an,“ sagte Thorkel. „Du hand achtern dich an deinem Kerler, als Grete dir riet, den armen Hund grausam zu martern und zu töten, damit Anders gesund werde. Ich wollte das nicht leiden, Gullik,

wente dir sagen, welche Stunde es sei, dann fuhr ich hierher auf die Klippe, noch ehe du kamst, und erwartete dich.“

Gullik blinzte noch immer finster. „Was schließt du dich an mein Kerler?“ fragte er.

„Auch das will ich dir sagen. Ich hatte am Abend vorher schon Sigrid ein Mittel für den Kranken gebracht, in Melbaldgaard hatte ich es für ihn bekommen. Es wird ihn gesund machen.“

„In Bruchst du ein Mittel?“ rief Gullik entsetzt. „Wißt du ihn werden?“

„Sei verständlich,“ sagte Thorkel. „Das Mittel ist von einem berühmten Doktor in Christiania und wird Anders gesund machen, denn seine Krankheit ist höchlich atsch, als wiederholtes, hartes Fieber. Gestern schon ist es danach fortgeschritten, heute wirkt es sicherlich noch besser. Der mir das Mittel gab, wird mit dir selbst sprechen, und du mußt den Doktor holen, was du gleich hättest tun sollen. Statt der bösen alten Grete zu glauben, die so schlecht ist, wie ihr Sohn Glas.“

„Du fuhr Gullik auf, es war halb Kerger, halb Scham. „Schaltst du ihn?“ drohte er. „Du, der so viel Schlimmes tat und, was gute Leute dir boten mit Hundst verhalten hat? Glas ist wacker, aber du — du gehst mit Schande und Kiger um!“

Thorkel blieb ruhig, doch sein Gesicht wurde ernst und seine Augen groß. „Wann hast du es gehört, daß ich lüge?“ antwortete er. „Nimmer wird Schande über mich kommen, hätte du dich davor und dich vor Glas. Du hättest ihn den Hund gegeben, ihn nach Zandee mit zu bringen. Dort traf ich ihn an, als er ihn eben mit dem Zoch ins Wasser werfen wollte, damit er esend dabei umkomme. Da ich zu ihm sprang, führte er mich hinein, mitten zwischen den steilen Klippen von Eue, und noch glaubt er, daß ich tief unten bei den Felsen liege. Gullik machte er sich fort, nahm mein Raubzeug mit und war sicher, mich erschlagen zu haben. Aber der Hund kam in die Höhe und ich auch. Ich brachte ihn aus dem Zoch, ad wir schammen bestammen; die Ebbe half uns glücklich heraus bis nach Redde. Dort ließ ich den Hund weiter schwimmen, ich wußte wohl, daß er den Weg zu dir zurückfinden würde; mehr als einmal war er früher Moa mit mir in Zandee gewesen. Ich aber ging weiter und die Nacht durch bis zum Morgen, wo ich nach Melbald Gullik kam. An dem Abend bin ich jetzt gewesen, ich kam zur rechten Zeit.“

(Fortsetzung folgt.)

